

Wir sind Europa – wir sind Nobel?



Liebe Mitglieder des FfF, liebe Leserinnen und Leser,

die Vergabe des Friedensnobelpreises wird in manchen Jahren kontrovers diskutiert. 2009 wurde er dem gerade frisch zum US-Präsidenten gewählten Barack Obama verliehen – freilich wohl eher in der Erwartung künftiger Leistungen und um ihm den Rücken zu stärken. Wie wir heute wissen, hat er viele Erwartungen – auch friedenspolitische – enttäuscht. Weder konnte er sein Versprechen wahr machen, das Lager in Guantánamo zu schließen, noch kann seine Forcierung des Drohnenkriegs und die gezielte Tötung von Terroristen als friedenspolitische Leistung zu Buche schlagen.

In diesem Jahr erhält die Europäische Union den Friedensnobelpreis. Auf den ersten Blick eine plausible und richtige Entscheidung: Ist sie doch der Garant für eine innerhalb Europas nun über 60 Jahren währende Friedensperiode, zwischen Staaten, die vorher immer wieder blutig gegeneinander Krieg geführt haben, allen voran Frankreich und Deutschland. Auch ist es heute kaum mehr vorstellbar, dass noch in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Faschismus und Militärdiktaturen inmitten Europas regierten: in Spanien, in Portugal und in Griechenland.

Doch wodurch ist dieser innere Frieden erkaufte? An den EU-Außengrenzen wird jeden Tag Krieg gegen Flüchtlinge geführt; tausende Menschen kommen dabei ums Leben – Statistiken zufolge nahezu 20.000 Menschen seit 1988. Der Vertrag von Lissabon enthält eine Verpflichtung für die EU-Staaten, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern – eine Verpflichtung zur Aufrüstung. Im Stockholmer Programm sind wesentliche Elemente eines Überwachungsstaats enthalten. Und die weit reichenden neoliberalen Elemente in den europäischen Verträgen und in der europäischen Politik werden von Vielen kritisiert – man denke nur an die aktuellen Programme zur Bankenrettung, die in den betroffenen Staaten den inneren Frieden ernsthaft zu gefährden scheinen.

Eines bleibt: Die europäische Einigung ist eine großartige Idee. Bei der Umsetzung dieser Idee haben wir, trotz unbestreitbarer Erfolge, noch einen langen Weg vor uns.

Eines der Themen auf europäischer Ebene ist die europäische Datenschutz-Grundverordnung. Nachdem die heute gültige Richtlinie in ihrer nationalen Umsetzung Spielräume offen ließ, soll nun eine europaweit verbindliche, unmittelbar gültige Verordnung ein einheitliches Datenschutzrecht schaffen. Ziel ist europaweite Rechtssicherheit durch einheitliche Standards – ganz bestimmt ein Gewinn, nicht nur für die Bürgerrechte, sondern auch für die Wirtschaft. Eine Stellungnahme des FfF dazu ist in diesem Heft nachzulesen.

In Deutschland müssen wir dafür vom vertrauten Bundesdatenschutzgesetz Abschied nehmen. Die europaweite Rechtssicherheit müssen wir uns damit wohl mit punktuell verminderten

Standards des Datenschutzes erkaufen. Dennoch: Im zusammenwachsenden Europa sollten wir anstreben, zu gemeinsamen Regelungen zu kommen, anstatt die eigene Nische zu pflegen.

Es ist nicht lange her, da genügte es für Mitglieder der Piratenpartei, die in eine Talkshow eingeladen waren, überhaupt nichts zu sagen und still zuzusehen, wie sich die Vertreterinnen und Vertreter der Konkurrenz stritten und gegenseitig anpöbelten. Allein damit erschienen sie bereits als besonnene Politiker.

Dies scheint sich in den letzten Wochen ins Gegenteil zu verkehren. Ausgerechnet die Partei, die sich „Themen statt Köpfe“ auf die Fahnen geschrieben hat, macht vor allem durch Personalquerelen von sich reden. Dazu kommt die Form der Debatte, wie sie von einigen – beileibe nicht allen – Piraten gepflegt wird. Ganz ehrlich: In einer Gesellschaft, in der der „Shitstorm“ zum akzeptierten Mittel der politischen Auseinandersetzung wird, möchte ich nicht leben.

Sicher wurden und werden Ereignisse um die Piraten auch durch die Medien aufgebauscht – im Positiven wie im Negativen. Doch sind es nicht gerade die Piraten, die eine besonders große Medienkompetenz für sich beanspruchen?

Einige Mitglieder der Piratenpartei schätze ich sehr. Es wäre sehr bedauerlich, wenn sie scheitern würden. Doch problematisch wäre noch ein anderer Aspekt: Mit der Piratenpartei verbindet sich für manche die Hoffnung auf eine andere, demokratischere Politik – nachdem zuletzt die Grünen anfangs genährte Erwartungen enttäuschten, indem sie den damals etablierten Parteien immer ähnlicher wurden, und auch von einigen ihrer anfänglichen Grundsätze abrückten. Bedarf unser politisches System keiner Verbesserung, wie einige schon wieder argumentieren – oder ist es schlicht nicht mehr reformierbar? Welche Folgerung man zieht, hängt wohl nicht zuletzt vom politischen Standpunkt ab.

Ähnlich bei Barack Obama – auch wenn er die Wahl erneut gewinnen konnte. Nachdem er beim ersten Mal große Begeisterung auslöste und viele neue Wählerinnen und Wähler an die Urne lockte, scheint von dieser Begeisterung nicht viel übrig geblieben zu sein. Die Auswirkungen solcher Enttäuschung auf die Akzeptanz des demokratischen Systems sind heute kaum abzuschätzen.

Gerade ist in Fulda die diesjährige Jahrestagung zu Ende gegangen. Sie war wieder ein echter Höhepunkt mit vielen Highlights – ein erster Bericht findet sich in diesem Heft, die ausführlichen

Beiträge in der Ausgabe 1/2013. Zum zweiten Mal konnten wir den FIfF-Studienpreis verleihen – wir haben uns über viele hervorragende Einreichungen gefreut, die uns die Arbeit nicht leicht gemacht haben. Herzliche Glückwünsche an die Preisträgerin und die Preisträger.

Offen ist noch, wo die nächste Jahrestagung stattfinden wird. Wir freuen uns über Vorschläge und Angebote, sie auszurichten ;-)

Mit FIfFigen Grüßen

Stefan Hügel

*erschieden in der FIfF-Kommunikation,
herausgegeben von FIfF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de*